

Redebeitrag Newroz 2021 Kurdisches Gesellschaftszentrum Saarbrücken

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Freundinnen und Freunde,

unser diesjähriges Newrozfest findet unter dem Motto "Für Bürgerrechte-gegen Ausgrenzung und Kriminalisierung" statt. Wie die Jahre zuvor möchten wir als KGZ gemeinsam mit dem SFR und der A3WSaar auf die Situation und den Umgang der BRD mit der kurdischen Bewegung aufmerksam machen und ein Zeichen gegen diesen Umgang setzen. Durch das Betätigungsverbot der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, welches am 26.11.1993 vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther in die Wege geleitet worden ist, wird seither jegliches politisches Engagement der Kurdinnen und Kurden und explizit auch das politische Engagement der Mitglieder des KGZ Saarbrücken und aller anderen kurdischen Vereine in Deutschland gezielt kriminalisiert. Es gibt keine einzige Demonstration oder Kundgebung, bei der wir als Mitglieder des KGZ vorab mit dem Einsatzleiter darüber diskutieren müssen, welche Fahne verboten ist und welche nicht. Kurdinnen und Kurden, die wegen der politischen Unterdrückung vor allem aus der Türkei fliehen mussten und die sich hierzulande für die Rechte der Kurdinnen und Kurden einsetzen, haben auch mit aufenthaltsrechtlichen Problemen zu kämpfen. Entweder wird Ihnen keine Aufenthaltserlaubnis erteilt, weil die BRD die Türkei als ein "sicheres Herkunftsland" qualifiziert oder sie erhalten nur eine Duldung zB unter anderem mit der Begründung an einer Demonstration oder Kundgebung des KGZ sich beteiligt zu haben. Mal ganz davon abgesehen werden Kurdinnen und Kurden, die hier schon Jahrzehnten leben, die hier groß geworden sind und eine Familie gegründet haben, auch die Einbürgerung in die deutsche Staatsbürgerschaft verwehrt. Erst vor kurzem hat mich wieder ein kurdischer Freund, der hier seit Jahrzehnten lebt und dessen Antrag auf Einbürgerung bereits vor 10 Jahren schon einmal abgelehnt wurde gefragt: Was meinst du Dilan, wenn ich jetzt einen Antrag auf Einbürgerung stelle, wie stehen die Chancen, dass sie mich dann diesmal einbürgern werden? Darüber hinaus gibt es mittlerweile etliche Ermittlungsverfahren gegen Vorstandsmitglieder des KGZ, die bisher in keinsten Weise mit einem juristischen Urteil geklärt worden sind. Auch laufen mehrere Ermittlungsverfahren gegen Vertreterinnen und Vertreter der A3WSaar und des SFR, die beim Newrozfest vor drei Jahren zum ersten Mal das Transparent "mit all den verbotenen Symbolen der kurdischen Bewegung" hochhielten, um gegen das Verbot der kurdischen Symbole zu protestieren. Da ich auch die Anmelderin dieser Kundgebung war, bin ich auch von diesem Ermittlungsverfahren umfasst. Und als ob das alles ausreichen würde, werden kurdische Aktivistinnen und Aktivisten hierzulande wegen der Mitgliedschaft in einer angeblichen terroristischen Organisation zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und das obwohl ihnen keine individuelle Straftat nachgewiesen werden können. Das was ihnen zum Verhängnis wird, sind Tatvorwürfe, wie zuletzt auch bei der Verurteilung von Gökmen Cakil in Koblenz, wie das Sammeln von Spendengeldern oder das Organisieren von Demonstrationen oder Veranstaltungen.

Diese ganze Schikanierung findet nur statt, weil wir von unseren Bürgerrechten Gebrauch machen. Wir tun nichts anderes als von unserem Demonstrationsrecht, von der Meinungsfreiheit von unseren Grundrechten Gebrauch zu machen.

Die Art und Weise des Vorgehens während der Kundgebungen/Demos in Saarbrücken, die immer wieder

kriminalisiert werden ist dabei ganz unterschiedlich: manchmal sind Einsatzleiter im Einsatz, die noch nicht so viel Erfahrung mit "kurdischen" Kundgebungen hatten. Dann gehen diese Einsatzleiter nach dem strikten Muster und der tabellarischen Auflistung der verbotenen Symbole in der Verfügung des Bundesinnenministeriums vor, die dann das Zeigen der Symbole kontextunabhängig als eine Straftat qualifizieren und dementsprechend diese Straftat per Videoaufnahme festhalten. Andere wiederum, die etwas mehr Erfahrung mit kurdischen Demos haben, wissen, dass unter bestimmten Umständen das Zeigen der Symbole doch nicht verboten ist und kennen auch diesbezüglich die Rechtssprechung einzelner Gerichte. Die Praxis, die sich mittlerweile hier in Saarbrücken jedoch etabliert hat, ist die, dass wir quasi als KGZ sagen: wir machen unsere Aufgabe und zeigen unsere Symbole und ihr macht eure Aufgabe und geht dann dieser angeblichen Straftat nach. Was dabei im Endeffekt rauskommt, das wissen weder wir, noch die Polizeibeamten, die die angeblichen Straftaten festhalten. Denn die Staatsanwaltschaft Saarbrücken lässt uns in einer rechtsunsicheren Lage und es ist bisher hier in Saarbrücken noch zu keiner gerichtlichen Klärung diesbezüglich gekommen. Dieses rechtliche Vakuum, in dem wir uns befinden, führt jedoch zu einer endlosen Schleife, bei der unser Recht auf Versammlungsfreiheit durch ständige Videoaufnahmen eingeschränkt wird.

Das Ziel dieser Vorgehensweise ist uns natürlich allen bewusst: man versucht durch diese Art und Weise des polizeilichen Vorgehens, uns einzuschüchtern und man versucht Kurdinnen und Kurden zu schaffen, die sich beugen und die sich von ihrer politischen Identität loslösen; man versucht uns von unserem Gedanken der Selbstbestimmung loszulösen und Kurden zu schaffen, die fremdbestimmt agieren. Doch wenn sie denken, dass wir uns fremd bestimmen lassen, dann kann ich hier und jetzt ganz klar und offen verkünden: Ihr habt falsch gedacht! Die Zeiten, in denen sich Kurden für ihre Identität schämen müssen sind vorbei! Wir stehen hier mit unserem Namen und unseren Gesichtern hinter dem was wir tun und für das, was die kurdische Bewegung steht: nämlich für ein gleichberechtigtes Leben in Freiheit und Gleichheit!

Während die Vorgehensweise gegen die kurdische Bewegung von seitens der Bundesregierung ganz strikt und klar durch Repression und Ausgrenzung gekennzeichnet ist, scheut sich die Bundesregierung gleichzeitig aber davor offenkundig türkisch-nationalistische Vereine zu verbieten. Auch das Zeigen des Wolfsgrußes, welches i.Ü. das Synonym zum Hitlergruß darstellt und geprägt ist tiefster faschistischer Gesinnung, ist hierzulande nicht verboten worden. Aber gegen kurdische Symbole fährt man eine ganz klare Linie. Wir als KGZ verurteilen diese heuchlersiche Vorgehensweise und die Anwendung doppelter Standards vonseiten der Bundesregierung.

Die BRD positioniert sich immer wieder neben dem türkischen Staat. Sowohl zum einen durch ihr Untätigbleiben hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, als auch durch die Repression gegen die kurdische Bewegung hierzulande. Das hat man auch an der Reaktion des Bundesaußenministeriums bezüglich der jüngsten Entwicklungen in der Türkei gesehen. In den türkischen Medien kursieren seit Tagen Nachrichten darüber, dass der kurdische Repräsentant A. Öcalan, auf der Gefängnisinsel Imrali verstorben sei. Vor drei Tagen wurde dem Menschenrechtsaktivisten und Abgeordneten Ömer Faruk Gergerlioglu sein Mandat wegen angeblichen Terrorvorwürfen entzogen; alles was er gemacht hatte war es einen Tweet zu verfassen, in dem er die Sinnlosigkeit des Krieges anprangerte. Er wird vermutlich, wie bereits auch Abgeordnete wie Selahattin Demirtas oder Figen Yüksesdag, inhaftiert werden. Vorgestern wurde dann die Weltöffentlichkeit mit einer weiteren

Nachricht erschüttert: die zweitgrößte Oppositionspartei der Türkei HDP, die sich überwiegend für die Rechte der Kurdinnen und Kurden und aller Minderheiten in der Türkei einsetzt, soll verboten werden und all ihren Mitgliedern soll ein Politikverbot von 5 Jahren verhängt werden. Zu all den Entwicklungen kommt vom Bundesaußenminister, der i.Ü. Saarländer ist, die Erklärung, dass er von der Türkei die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards fordert, und von der HDP eine Abgrenzung zur PKK. Der Bundesaußenminister legitimiert mit dieser Aussage eigentlich, dass repressive Vorgehen der türkischen Regierung gegen die kurdische Partei HDP und geht mit der Mentalität der türkischen Regierung vor. Die Lösung der kurdischen Frage wird nicht ohne die PKK geschehen und die HDP wird sich auch nicht von der PKK abgrenzen. Die HDP ist nämlich ein Teil der kurdischen Bewegung und versucht die Lösung der kurdischen Frage über einen Dialogweg herbeizuführen. Die kurdische Frage wiederum ist nicht durch Distanzierung von der PKK, sondern mit einem Dialog mit der PKK lösbar! Die Bundesregierung sollte statt solche Äußerungen von sich zu geben, den türkischen Staat dazu auffordern wieder die Bedingungen eines Friedensprozesses zu schaffen. Um einen dauerhaften Frieden in dieser Region zu schaffen ist es unabdingbar die Isolationshaft des kurdischen Repräsentanten A.Öcalan aufzuheben und die Friedensverhandlungen mit ihm wieder aufzunehmen. Denn er ist derjenige, der mit seinem Modell des demokratischen Konföderalismus eine demokratische Perspektive für den gesamten Nahen Osten bietet und nachhaltig einen dauerhaften Frieden mit seinen Lösungsansätzen schaffen kann.

Und genauso sollte auch die Vorgehensweise hierzulande mit den hier lebenden Kurdinnen und Kurden und den kurdischen Institutionen sein: statt uns auszugrenzen, uns zu kriminalisieren und uns mit repressiven Maßnahmen versuchen einzuschüchtern, sollten sich die Politikerinnen und Politiker mit uns unterhalten, mit uns den Dialog anstreben. Denn Ausgrenzung führt zu Exklusion! Wir wollen Integration und sind zum Dialog jederzeit bereit! und wenn wir von Integration sprechen, dann meinen wir damit sicherlich nicht sich jeder Anordnung des Staates anzupassen und möglichst den gesellschaftlichen Erwartungen wie ein klassischer deutscher Mensch zu sein hat, zu fügen. Nein! Integration heißt für uns gegenseitiger Respekt, Anerkennung und Toleranz und das alles mit der Identität, die man hat, ohne sich verstellen zu müssen. Integration heißt freie Entfaltung ohne Fremdbestimmung!

Deswegen fordern wir auf lokaler Ebene: sorgt dafür, dass die Ermittlungsverfahren gegen die Vertreterinnen und Vertreter des KGZ, der A3WSaar und des SFR beendet werden und schließt das Vakuum der Rechtsunsicherheit! Hören Sie uns zu und tragen sie dazu bei, dass sich auch die Kurdinnen und Kurden hierzulande, auch hier im Saarland gesellschaftlich partizipieren können!

Auf Bundesebene fordern wir ganz klar: Weg mit dem Verbot der PKK! Sanktionen gegen den türkischen Staat und seinen Staatspräsidenten R.T.E! Schluss mit der Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung! Und Freiheit für alle kurdischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland!

Newroz ist das Fest des Widerstandes gegen die Unterdrückung- lasst uns gemeinsam diesen Widerstandsgeist auf die Straßen tragen und uns gegen Unterdrückungen aller Art unsere Stimmen erheben! In diesem Sinne wünsche wir allen Kurdinnen und Kurden, allen Demokratinnen und Demokraten und allen solidarischen Menschen ein frohes Newrozfest! Newroza we piroz be!